



In der Warschauer Allee der Solidarität laden aus Belarus Geflüchtete zum Imbiss mit traditionellen Speisen. Der Name „Not 1984“ spielt auf die Radikalisierung staatlicher Repressionen in Belarus nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen im August 2020 an. Dort wurde jetzt der Klassiker von George Orwell „1984“ verboten und sein Verleger verhaftet. Andrej Januschkiwitsch hatte die Orwell-Übersetzung ins Belarussische durch den in Prag lebenden Journalisten Siarhei Šupa 2020 neu aufgelegt. Für wenige Monate wurde sie dort zum Bestseller, da er von vielen als dichte Beschreibung der belarussischen Wirklichkeit gelesen wurde.

Der Sicherheitsapparat des seit 1994 herrschenden Alexandr Lukaschenko war bis zum vergangenen Jahr noch damit beschäftigt, die öffentlichen Orte zu zerstören, die als Resonanzräume gesellschaftlicher Veränderung die Massenproteste in Minsk und vielen anderen Städten vorweggenommen hatten. Danach dehnten die Uniformierten ihren Kampf auf die belarussische Sprache aus, die als Idiom des Protests gilt, weil die Beamten in Verwaltung, Staatssicherheit und Fernsehen mehrheitlich Russisch sprechen. Im Visier stehen unabhängige Verlage, die Gegenwartsliteratur und Publizistik auf Belarussisch veröffentlichen. Die Sprache hat wie Ukrainisch eine eigene Grammatik, Lexik und Syntax. Seit Gründung der Republik Belarus ist sie neben Russisch Staatssprache. Das hinderte die staatlichen Organe nicht daran, Verlage wie Knihazbor oder Internetbuchhandlungen wie Knihi zu verfolgen.

Dem Verlag von Andrej Januschkiwitsch waren im März überraschend die Räume gekündigt worden. Nach einer Ankündigung im Internet, dass die dort gelagerten Bücher zum Sonderverkauf stehen, bildete sich eine lange Schlange der Solidarität – seit der Niederschlagung der Proteste eine der wenigen öffentlichen Versammlungen in den Straßen der Hauptstadt Minsk. Unter den Werken des Verlags finden sich der Gedichtband „Rot“ von Julia Cimaŋiejeva, der Roman „Die Hunde Europas“ von Alhierd Baharevich, aber auch die belarussische Ausgabe von „Harry Potter“. Eine in Litauen gedruckte Auflage des zweiten Bands von Joanne Rowlings Weltbestseller war im September 2020 beschlagnahmt worden. Damals verlangte der Zoll von Januschkiwitsch eine Bestätigung, dass im Buch nicht zur „Überwindung der heutigen Macht in der Republik Belarus“ aufgerufen werde.

Die zweifelhafte Ehrung erfuhr nun der Roman „Hunde Europas“

Anfang 2021 ging die systematische Verfolgung belarussischsprachiger Bücher und ihrer Verleger in die nächste Phase. Das Prozedere ist stets dasselbe: Bei Durchsuchungen beschlagnahmen Uniformierte einzelne Exemplare, die einer Expertise unterzogen werden. Während dies vor 2020 noch Wissenschaftler erledigten, die indes zum Teil die Zusammenarbeit verweigerten oder sich gegen Verbote aussprachen, wird jetzt auf Publizisten zurückgegriffen, die im staatlichen Fernsehen und in der Kampfpresse „Sowjetskaja Belorussija“ einen ideologischen Feldzug gegen Anhänger der Protestbewegung führen. Auf diese Weise wurde im März 2021 der Sammelband mit Gesprächen über die „Belarussische nationale Idee“ des in Warschau lebenden Journalisten Zmitr Lukaschuk zur extremistischen Lektüre erklärt. Mit dem Extremismus-Prädikat geht eine Kriminalisierung von Autoren, Verlegern, Buchhändlern und Lesern einher. Zugleich ist es eine indirekte Anerkennung, dass es sich um Texte handelt, die von staatlichen Stellen gelesen und als politisch wie gesellschaftlich wirksam eingeschätzt werden. Die zweifelhafte Ehrung erfuhr nun der Roman „Hunde Europas“ des im Exil lebenden Schriftstellers Baharevich.

Als extremistisch wurden auch wichtige Kommunikationskanäle im Netzwerk Telegram eingestuft, die nach der im Mai 2021 erfolgten Zerschlagung des zentralen unabhängigen belarussischen Internetportals Tut.by die Hauptadern sozialer Kommunikation sind. Durch die Einstufung werden sie auch für die Nutzer zu strafrechtlich vermintem Gelände, denn bei Verhaftungen können ihre Mobiltelefone als Beweismaterial herangezogen werden.

Repressionen schienen jede Woche eine neue Grenze zu überschreiten

Auch in diesem Bereich ermöglichte die Niederschlagung der Proteste in Belarus im Spätsommer 2020 einen Blick in die Zukunft der benachbarten Russischen Föderation, die Lukaschenko mit Journalisten zur Seite gesprungen war, nachdem es im Fernsehen eine Kündigungswelle gab und der Apparat für kurze Zeit die Kontrolle über die Straßen von Minsk verloren hatte. Nach der erzwungenen Einstellung gedruckter Zeitungen waren die juristischen und polizeilichen Techniken der Durchherrschaft zunächst auf den Protest in analogen öffentlichen Räumen gerichtet. Dann folgte die Säuberung im Internet. In russischen Filtrationszentren dient heute eine unter Anwendung von Folter erzwungene Überprüfung der abonnierten Telegram-Kanäle in den Mobiltelefonen von deportierten Ukrainern der Überprüfung politischer Gesinnung. In Belarus ist das seit 2020 Alltag. In den dortigen Gefängnissen werden mehr als 1200 politisch Verfolgte festgehalten, darunter Marina Zolotova sowie zwei leitende Mitarbeiterinnen des Internetportals tut.by und zwanzig Journalisten.

Als Reaktion auf die staatliche Gewalt machte in Belarus der Ausspruch „Dna niet“ die Runde: „Der Fall ins Bodenlose“. Die Repressionen schienen jede Woche eine neue Grenze des Vorstellbaren zu überschreiten. Mit der Ausweitung der russischen Kampfzone in der Ukraine behielt der Ausspruch seine Aktualität, denn aus Sicht der nach dem August 2020 aus Belarus Geflüchteten wie der vor Ort Ausharrenden wird in der Ukraine auch um die Zukunft ihres Landes gekämpft. Der weiterhin auch von belarussischem Territorium aus mit Marschflugkörpern geführte Angriffskrieg erklärt, warum der Kampf gegen Andersdenkende auch nach der Zerstörung aller Infrastrukturen der Zivilgesellschaft in Belarus fortgesetzt wird. Die Machthaber in Minsk wännen sich seit der Erweiterung von Sanktionen als Reaktion auf die staatliche Flugzeugentführung im Mai 2021 in einem Krieg gegen einen „kollektiven Westen“, der in Belarus gegen die eigene Bevölkerung geführt wird, der man unterstellt, als Kollaborateure der Ukraine Schützenhilfe zu leisten.

Dass Andrej Januschkiewitsch unlängst nur wenige Häuser von einer KGB-Ausbildungsstätte entfernt den neuen stationären Buchladen Knihauka eröffnete, wurde umgehend als reale Bedrohung der staatlichen Ordnung verstanden. Das öffentliche Erscheinen von Dutzenden Kunden, die belarussische Bücher kaufen wollen, wird als ideologische Gefahr betrachtet. Am Dienstag erhielt der Verleger Besuch von führenden Vertretern belarussischer Staatsmedien. Vor laufender Handykamera gingen sie Januschkiewitsch auf Russisch an und stellten ihn zur Rede, warum er die Autobiographie des Poeten und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Wladimir Niklajew verkaufe. Auch die belarusische Ausgabe von „1984“ blieb nicht unbemerkt. Wenige Stunden später folgten die Uniformierten, die zweihundert Bücher sicherstellten. Für fünfzehn Bände wird nun eine Expertise eingeholt. Am nächsten Tag wurden der Verleger Andrej Januschkiewitsch sowie die Bloggerin Anastasija Karnackaja, die für ihre Rezensionen belarussischer Literatur bekannt ist, verhaftet.